

## DAS ONLINE-SUPPLEMENT DES FORSCHUNGSJOURNALS

FORSCHUNGSJOURNAL SOZIALE BEWEGUNGEN 35. JG. Heft 1 | 2022

Olaf Ebert/ Roland Roth/ Lilian Schwalb\*

### Engagiert für Demokratie: Empfehlungen zur Demokratieförderung in Ostdeutschland

**Zusammenfassung:** In den letzten Jahren gab es viele Anlässe, über konkrete Fragen und Bedarfe von bürgerschaftlichem Engagement für Demokratie zu diskutieren, allen voran über die Folgen der Corona-Pandemie, der Flutkatastrophe, des Klimawandels, die Spaltungstendenzen in der Gesellschaft und nicht zuletzt die großen Fragen zu Frieden und Freiheit, Flucht und Migration. Einhergehend mit der Diskussion um diese großen Ereignisse und ihre Konsequenzen wird die Bedeutung von Organisationen der Zivilgesellschaft und des bürgerschaftlichen Engagements für die Stärkung der Demokratie erneut deutlich. Dieser Befund ist mit Blick auf die historischen Pfade der Entwicklung der Zivilgesellschaft sowie angesichts der aktuellen gesellschaftspolitischen Herausforderungen in Ostdeutschland besonders wichtig. Der Beitrag geht den Fragen nach, wie Engagement- und Demokratieförderung auf allen Ebenen zusammenwirken und insbesondere in Ostdeutschland gute Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement, Partizipation und Demokratieförderung gestaltet werden können.

**Abstract:** In recent years, there have been many occasions to discuss issues and needs of civic engagement for democracy, first and foremost the consequences of the Corona pandemic, the flood disaster, climate change, the tendencies toward division in society and, last but not least, the major issues of peace, freedom and forced migration. Along with the discussion about these major events and their consequences, the importance of civil society organizations and civic engagement for strengthening democracy has once again become clear. This finding is particularly important in view of the historical paths of

Olaf Ebert/ Lilian Schwalb/ Roland Roth – Demokratieförderung in Ostdeutschland

civil society development and the current sociopolitical challenges in eastern Germany. The article explores the questions of how engagement and democracy promotion can work together and how good conditions for civic engagement, participation and democracy promotion can be created, especially in East Germany.

### **1 Zivilgesellschaft in Ostdeutschland zwischen Krisenbewältigung und Innovationskraft**

Seit 1990 hat sich die Zivilgesellschaft in Ostdeutschland weiterentwickelt. Das individuelle Engagement von Bürger\*innen hat insgesamt betrachtet deutlich zugenommen; Strukturen der Zivilgesellschaft unterscheiden sich aber auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung stark von den langfristiger gewachsenen Infrastrukturen und Netzwerken in Westdeutschland. Besonders in Krisenzeiten werden die Solidarität und das informelle Engagement besonders sichtbar.

Auf der Grundlage der Daten der repräsentativen Erhebung zum Stand und zur Bedeutung des freiwilligen Engagements in Deutschland (Freiwilligensurvey 2019) lässt sich nachvollziehen, dass die Engagementbereitschaft in den ostdeutschen Bundesländern zwar recht hoch ausfällt, allerdings bei einer nach wie vor vergleichsweise geringeren Engagementquote. Die Anteile für Westdeutschland liegen danach mit 40,4% signifikant über denen für Ostdeutschland (37,0%). Deutlich werden bei genauerer, ländervergleichender Analyse, wie sie durch Krimmer/ Bischoff/ Gensicke/ Thamaz (2022) in der Studie für die Stiftung Bürger für Bürger vorgenommen wird, jedoch beträchtliche qualitative und quantitative Unterschiede zwischen den Bundesländern.

Der differenzierte Blick zeigt zunächst, dass es in den letzten Jahren zu deutlichen Angleichungen gekommen ist: Die 1999 erstmals gemessenen starken Differenzen in den Engagementquoten ost- und westdeutscher Bundesländer haben sich im Zeitraum bis 2019 deutlich verringert. In Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen ist die Engagementquote in dieser Zeitspanne um jeweils ca. 10% gestiegen. Zeitgleich ist es innerhalb der Gruppe der westdeutschen Länder zwar bei zwei Ländern, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen, zu einem enormen Anstieg von je ca. 15% gekommen. In den meisten anderen Ländern lag der Zuwachs aber deutlich unter 10% (Krimmer/ Bischoff/ Gensicke/ Thamaz: 2022, S. 24).

Neben der großen Bedeutung der Zivilgesellschaft werden auch die Herausforderungen für die Zivilgesellschaft immer deutlicher erkennbar: Politische Polarisierungen, die bereits mit der Zuwanderung von Geflüchteten entstanden, werden überlagert und verstärkt durch Kontroversen über den Umgang mit Covid-19. Zerrissenheit kennzeichnet den privaten Bereich mit vielen Familien und Freundschaftskreisen genauso

Olaf Ebert/ Lilian Schwalb/ Roland Roth – Demokratieförderung in Ostdeutschland

wie das Gemeinwesen mit vielen Vereinen, zivilgesellschaftlichen Bündnissen und vielfältigen Communities. Fehlende Verständigungsbereitschaft und emotionale Zuspitzung haben auch zu einer Selbstvergiftung der Zivilgesellschaft geführt. Wesentliche Normen eines friedlichen und respektvollen Austrags von unterschiedlichen Meinungen und die Anerkennung vielfältiger Lebensweisen sind bedroht. Das Vertrauen in die repräsentative Demokratie schwindet. Die Notwendigkeit, sie durch die Rückbesinnung auf vorhandene Formen demokratischen Engagements bzw. die Erprobung neuer Formen zu stärken, wächst. Die Fähigkeiten der Zivilgesellschaft zur demokratischen Selbstkorrektur und zivilen Reparatur durch Gegenbewegungen und öffentliche Debatten erlangen einen neuen Stellenwert.

Den Besonderheiten der ostdeutschen Engagementlandschaft nachzugehen bedeutet auch, der regional-spezifischen Entwicklung Aufmerksamkeit zu widmen. Urbane Zentren sind, bis auf wenige Ausnahmen, eher mittel- bis kleinstädtisch geprägt. Der ländliche Raum in all seiner Vielfalt und Unterschiedlichkeit bestimmt die Lebenswirklichkeit vieler Menschen in den fünf ostdeutschen Flächenländern.

Engagementpolitik steht in Ostdeutschland zum Beispiel mit Blick auf das geringere Vertrauen in demokratische Institutionen sowie auf besonders stark von Abwanderung betroffenen Landkreise vor Herausforderungen, die auch länderübergreifend Ähnlichkeiten aufweisen (Krimmer/ Bischoff et al. 2022).

Im Rahmen der Gesprächsreihe „Bürgergesellschaft 2025“ wurden von der Stiftung Bürger für Bürger wirk-same Praxisbeispiele recherchiert, die in der [Broschüre „Engagementförderung in Ostdeutschland“ \(2020\)](#) sichtbar werden und Engagierten Mut machen, ihren genuinen Beitrag für eine lebenswerte Gesellschaft, für den Erhalt und die Weiterentwicklung von Engagement und Demokratie vor Ort zu leisten.

Während der aktuellen Corona-Pandemie stellt sich vermehrt die Frage, wie mit Vorurteilen, Falschnachrichten oder Verschwörungsideologien umgegangen werden kann. Mögliche Antworten, die auf der Grundlage der gesammelten Erfahrungen zugleich Erwartungen an Politik formulieren helfen, finden sich in mehreren der Praxisprojekte, die in der Broschüre ausführlich und hier kurz skizziert werden: Eine offene, kontroverse Diskussions- und Streitkultur, ein positives demokratisches Gesellschaftsbild ([Aktion Zivilcourage Pirna](#)), bestehendes Interesse an Verantwortungsübernahme aufrechterhalten ([Dorfbewegung Brandenburg](#)), selbstbestimmtes bürgerschaftliches Engagement und die Erfahrung von Selbstwirksamkeit unterstützen ([Netzwerkstelle Engagierte Nachbarschaft, LAGFA Sachsen-Anhalt](#)), mehr direkte Demokratie, die Einführung von Bürger\*innenbudgets, Engagement- und Beteiligungsfonds ([Halle besser machen](#)), Vielfalt und die Stärkung einer sektorenübergreifenden Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Politik und (Kommunal)Verwaltung ([Stiftung Leben in der Hohen Börde](#)).

Die Aspekte werden in den folgenden Abschnitten aufgegriffen und genauer ausgeführt, in denen wir unser Verständnis einer zukunftsorientierten, vielfältigen Demokratie zugrunde legen.

## 2 Engagementförderung und Demokratiestärkung

Vielfalt ist ein zentraler Begriff für ein zeitgemäßes und zukunftsorientiertes Verständnis von Demokratie. *Vielfältige Demokratie* lässt sich heute angemessen als produktives Zusammenspiel von *sechs Bereichen demokratischen Engagements* begreifen (vgl. Roth 2022):

Die *repräsentative Demokratie* ist nach wie vor wesentlich. Volkssouveränität wird im Grundgesetz vornehmlich als Zusammenspiel von Wahlen, Parlamenten und politischen Parteien auf allen föderalen Ebenen definiert. Zu diesem repräsentativen Gefüge gehört ein System mitgliederstarker intermediärer Interessenorganisationen. Wie es um diese repräsentativen Demokratieformen bestellt ist, wird seit einiger Zeit kontrovers diskutiert, wird doch unterstellt, dass sie ihren Alleinvertretungsanspruch schon länger verloren haben.

Der *direktdemokratische Bereich*, beispielsweise Bürger\*innenbegehren, Bürger\*innenentscheide, Volksabstimmungen, gewinnt in den Kommunen und Ländern in den vergangenen Jahren wesentlich an Bedeutung. Abstimmungen und Sachentscheide spielen auch bei Bürger\*innenhaushalten und Bürger\*innenfonds eine Rolle. Über Fonds und Budgets können Menschen in verschiedenen Politikfeldern Selbstwirksamkeitserfahrungen machen und selbst Entscheidungen herbeiführen - ohne parlamentarische Vermittlung und Repräsentation.

Ein dritter Demokratiebereich hat in den letzten Jahren erheblich zugelegt. Die *Beteiligung von Bürger\*innen* ist vor allem *auf kommunaler Ebene* zunehmend gefragt. Dabei geht es in der Regel um ihre Expertise, ihre Sicht der Dinge und ihre Erwartungen an politische Entscheidungen in Parlamenten und Regierungen. Diese Beteiligung ist dialogisch, deliberativ bzw. konsultativ angelegt und kann verbindliche Entscheidungen nur vorbereiten. Aber stets schwingt auch die Erwartung mit, gehört zu werden. Wo dies geschieht, ist mit besseren, weniger kostspieligen und breiter akzeptierten Entscheidungen zu rechnen.

Wo dies nicht oder nicht erfolgreich geschieht, ist verstärkt mit *Protesten, Bürger\*inneninitiativen und sozialen Bewegungen* zu rechnen. Im Bewegungssektor als eigenem Bereich demokratischen Handelns engagieren sich seit einigen Jahrzehnten regelmäßig zunehmend mehr Menschen als im Bereich repräsentativer Politik. So gehört es heute für viele Menschen zur politischen Normalität, ihre Meinung bei Demonstrationen zum Ausdruck zu bringen; Initiativen und Bewegungen haben Konjunktur.

Auch das *bürgerschaftliche Engagement* hat beständig und beträchtlich zugenommen. Nahezu vierzig Prozent der über 14-Jährigen engagieren sich freiwillig oder ehrenamtlich. Der wichtigste Ort des Engage-

Olaf Ebert/ Lilian Schwalb/ Roland Roth – Demokratieförderung in Ostdeutschland

ments ist schon seit langem der Verein. Auch Bürgerstiftungen und Verbände bieten einen organisatorischen Rahmen und das spontane und ungebundene Engagement ist zunehmend relevanter für viele, gerade auch jüngere Menschen. Gemeinsam ist diesem bunten Spektrum freiwillig Engagierter zumeist, dass sie im Kleinen etwas gestalten wollen und damit in die politische Gestaltung des Gemeinwesens eingreifen (Simonson u.a. 2022).

Demokratische Mitgestaltung findet heute nicht mehr ausschließlich im Verein statt. Mitgestaltungsmöglichkeiten von Kindern und Eltern sind zu einem Qualitätsmerkmal von Bildungseinrichtungen geworden. Die Schulgesetze der Länder betonen vielfach die Bedeutung einer demokratischen Schulkultur. Heute gibt es kaum einen Lebensbereich, der sich dieser *Alltagsdemokratie* gänzlich entziehen kann.

Jeder der beschriebenen demokratischen Handlungsbereiche bedarf der Stärkung. Besonders wichtig ist es, ein produktives Zusammenspiel der beteiligten Kräfte aus Zivilgesellschaft, Bund/ Ländern/ Kommunen und Wirtschaft, das auch wechselseitige Korrekturen einschließt, zu befördern.

Alle sechs demokratischen Handlungsbereiche sind auch in Ostdeutschland lebendig. Ob in West- oder Ostdeutschland: Bei sicherlich nach wie vor unterschiedlichen Rahmenbedingungen, Strukturen und Akteursgruppen geht es überall um die Verteidigung der demokratischen Gesellschaft als Wertegemeinschaft und um eine gemeinsame demokratische Zukunft.

Ohne auf die Unterschiede im Einzelnen genauer einzugehen, ist doch offensichtlich, dass gerade im wichtigen Handlungsfeld der repräsentativen Demokratie deutliche Differenzen zu verzeichnen sind. Wesentliche Stützen wie Parteien und Verbände sind in Ostdeutschland deutlich schwächer in der Bevölkerung verankert, die Distanz zu Parlamenten und Regierungen ist größer. Die Bereitschaft, autoritäre, in Teilen rechtsextreme Parteien wie die AfD zu unterstützen, ist deutlich ausgeprägter. Auch auf der Ebene der Protestmobilisierung finden solche Strömungen, wie das Beispiel „Pegida“ zeigt, mehr Resonanz. Umso wichtiger sind Impulse, die demokratische Orientierungen in allen Handlungsfeldern stärken. Nachfolgend werden dazu einige Anregungen gegeben und Beispiele guter Praxis vorgestellt (vgl. Roth/ Höllmann/ Ebert 2022).

### **3 Impulse und Praxisbeispiele zur Demokratieförderung in Ostdeutschland**

#### **(1) Repräsentative Demokratie**

Folgende Möglichkeiten werden diskutiert und wurden teilweise umgesetzt, die repräsentative Politik in der Gesellschaft verbessern helfen können:

Olaf Ebert/ Lilian Schwalb/ Roland Roth – Demokratieförderung in Ostdeutschland

- *Partizipatives Regieren.* Durch eine partizipative Öffnung auf Bundesebene sowie der Landes- und Kommunalpolitik, mehr und wirksame Beteiligungsangebote bei der Politikformulierung und -umsetzung, kann Institutionenvertrauen (zurück)gewonnen, die Akzeptanz staatlichen Handelns gestärkt und einer sich ausbreitenden Misstrauenskultur begegnet werden. Konkret verdeutlichen dies auf Landesebene und in den Kommunen verschiedenste Beispiele. Die Dekade der „Politik des Gehörtwerdens“ in Baden-Württemberg bietet eine Fülle nachahmenswerter Anregungen. Beteiligungsorientierte Kommunen von Potsdam bis Heidelberg verdeutlichen Wege und Lösungen. Studien und Evaluationen belegen, dass eine intensive und verpflichtende Beteiligungspolitik die Zufriedenheit der Bürger\*innen deutlich erhöht und das Vertrauen in die Politik stärkt (Brettschneider 2021; Eith/ Meier 2021) und dass sich Mehrheiten mehr Bürger\*innenbeteiligung wünschen.

- *Offene und bürger\*innennahe politische Parteien und innerparteiliche Demokratie.* Innerparteiliche Demokratie ist ausbaufähig. Würden Parteien die Mitgliedsrolle stärken und sich in die Bürger\*innenschaft hinein öffnen, würden Parteien wieder mehr Zuspruch erfahren. Erprobt sind hier bereits politische Foren mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und Initiativen. Sie helfen, die Sichtbarkeit der demokratischen Parteien in der Öffentlichkeit zu verbessern, und sie helfen, eine programmatische Agenda auf der Höhe der Zeit zu entwickeln. Die Praxis ist bereits reich an deliberativen Formaten, die zu einer stärkeren Verknüpfung von lokalen Parteien mit der örtlichen Zivilgesellschaft führen können und werden von Expert\*innen empfohlen (vgl. Evers/ Leggewie 2018).

- *Bürger\*innennahe Verwaltung und zivilgesellschaftliche Verwaltungskultur.* Öffentliche Verwaltungen bestimmen Rahmenbedingungen der Demokratiestärkung wesentlich mit, denn sie können demokratisches Engagement aus der Zivilgesellschaft ermöglichen und aufgreifen oder blockieren. Einige Bundesländer sind Vorreiter\*innen, wenn sie die Beteiligung von Bürger\*innen bereits in der Verwaltungsausbildung verankern und Weiterbildungen für Mitarbeiter\*innen in der Kommunalverwaltung anbieten. Ein flächendeckendes Curriculum wäre indes ein bedeutender Fortschritt, um Bedarfe der Engagementförderung und Demokratiestärkung zu verankern.

- *Kinder- und Jugendparlamente und andere kommunale Beiräte.* Um eine stärkere Vernetzung mit Kommunalverwaltungen und -vertretungen zu ermöglichen, sind kommunale Beiräte hilfreich. Am Beispiel der Integrationsräte in NRW lässt sich zeigen, dass sie mehr sein können als symbolische Politik. Ihre Rechte, Ressourcen und Ausstattung können dazu beitragen, dass sie zu einem wichtigen Scharnier zwischen Zivilgesellschaft und Kommunalpolitik werden. Besonders aussichtsreich ist die Einrichtung von kommunalen Kinder- und Jugendparlamenten, die institutionell garantiert die Interessen junger Menschen in die Kommunalpolitik einbringen und sie gleichzeitig für parlamentarische Prozesse sensibilisieren können (Roth/ Stange 2020; Bär u.a. 2021).

*Neue Wege zu gehen erfordert Mut und Innovationskraft.* Partizipative Öffnungen parlamentarischer Politik und öffentlicher Verwaltung sind von der Bereitschaft dieser Institutionen und ihrer Potentiale einer Modernisierung abhängig. Druck „von der Basis“, also hinreichend Initiativen aus der Bevölkerung, die die Erneuerung einfordern, sind wesentlich, um Blockaden zu überwinden. Zu den Gelingensbedingungen zählt deshalb die Bereitschaft von Initiativen aus der Zivilgesellschaft, sich – vielleicht trotz negativer Erfahrungen - auf die Auseinandersetzung und Kooperation mit institutioneller Politik einzulassen, demokratische Ansprechpartner\*innen zu suchen und einen verbreiteten anti-institutionellen Gestus zu überwinden. Es versteht sich von selbst, dass solche Netzwerke nicht ohne Ambivalenzen (Kooptation, Funktionalisierung, Ausgrenzung etc.) funktionieren werden.

Für eine Stärkung der Beteiligungskultur und der Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft, Politik, Verwaltung und Sicherheitsbehörden setzt sich z.B. der [Aktion Zivilcourage e.V.](#) ein. Der Verein bietet sowohl Weiterbildungen als auch Beratung und Begleitung für Kommunen, Vereine und Initiativen an, unterstützt sie bei der Umsetzung von Bürger:innenbeteiligungs- und Dialogformaten und bildet Moderator\*innen für kommunale Konfliktsituationen aus.

Von einer besonders positiven Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft, Kommunalpolitik und Behörden berichtet die Initiative „[Ostritzer Friedensfest](#)“, die sich seit 2017 für eine tolerante und weltoffene Stadt engagiert. Diese gute Zusammenarbeit ist aus Sicht der Initiative ein wichtiger Schlüssel zum Erfolg.

## **(2) Direkte Demokratie**

Die Daten des jüngsten „[Bürgerbegehrensberichts](#)“ haben gezeigt, dass dieses Instrument in den östlichen Bundesländern noch wenig genutzt wird. Hier gilt es, Verfahrenshindernisse abzubauen und die kommunale Nutzung zu erleichtern. Das Beispiel Thüringen zeigt, dass die Gesetzgebung in diesem Bereich durch zivilgesellschaftliche Organisationen wie „Mehr Demokratie e.V.“ verbessert werden kann.

In der Praxis ist deutlich geworden, dass Fonds und Budgets ein wirksames Mittel sein können, um demokratisches Engagement von Gruppen und Initiativen anzuregen und zu unterstützen, die sonst nur wenig öffentliche Sichtbarkeit und Anerkennung erfahren. So fördert etwa der [JUGENDSTIL\\*-Ideenfonds](#) der Stiftung Bürger für Bürger junge Menschen, die postmigrantische Perspektiven in den ostdeutschen Bundesländern stärken und sichtbar machen, mit bis zu 1.000 Euro. Über die geförderten Ideen entscheidet eine Jugendjury.

Auch Partnerschaften für Demokratie bieten mit ihren Fonds Raum für Engagementideen und Beteiligung der Menschen vor Ort. So förderte z.B. die [Partnerschaft für Demokratie Neubrandenburg](#) im Zeitraum

Olaf Ebert/ Lilian Schwalb/ Roland Roth – Demokratieförderung in Ostdeutschland

von 2016 bis 2020 über 80 Einzelmaßnahmen von verschiedenen Trägern – von Stadtteilstesten über interkulturelle Sportturniere, Lesungen, Workshops, Film- und Theaterprojekte bis hin zur Erforschung der Lokalgeschichte.

Wenn entsprechende Verfahrensregeln beachtet werden, können Budgets und Fonds vermutlich in allen Politikfeldern eingesetzt werden und ein beachtliches Volumen erreichen. Die Stadt Boston (Mass.) macht seit Jahren gute Erfahrungen mit einem Jugendbudget von einer Million US-Dollar (p.a.), das von einer Jugendjury verwaltet wird. Aus der Sicht vielfältiger Demokratie verknüpfen solche Budgets direktdemokratische Abstimmungen mit dem Engagement in Initiativen und Projekten. Auch in diesem Handlungsbereich kommt es darauf an, die Impulse fondsgestützter Projekte in der institutionellen Politik und den Fachverwaltungen zur Geltung zu bringen.

### **(3) Dialogische und konsultative Beteiligung**

In den letzten Jahrzehnten sind rund um die Welt mehr als 200 Beteiligungsformate entwickelt und (wieder)entdeckt worden. Im Zentrum stehen Meinungsbildungsprozesse und Politikberatung durch die Bürger\*innenschaft. Voraussetzung ist, dass politische Entscheidungsgremien beraten werden wollen, ein offenes Ohr für die Ergebnisse solcher Formen der Bürger\*innenberatung haben und bereit sind, sie zumindest in Teilen umzusetzen bzw. zu begründen, weshalb dies nicht erwogen wird (vgl. Roß/ Roth 2018).

Auch wenn diese Erwartungen nicht selten enttäuscht werden, ist die Bereitschaft in der Bevölkerung vergleichsweise groß, solchen Beteiligungsangeboten auch dann zu folgen, wenn sie mit einigem Aufwand verbunden sind. Der demokratische Nutzen dieses Engagements ist vielfältig. Die Aktiven lassen sich auf politische Debatten und Lernprozesse ein, die über die Tücken und Anforderungen von Prozessen der Meinungsbildung unter vielen praktisch aufklären. Selten kommen die Akteur\*innen und ihre Meinungen so aus solchen Debatten heraus, wie sie eingebracht wurden. Auch ein vollständiger Meinungswandel kann nicht ausgeschlossen werden. Gleichzeitig bieten konsultative Formate die Chance, bestimmte Themen und dezidierte Ansichten in den Politikprozess einzubringen, was bei Wahlen in der Regel nicht möglich ist.

So nutzt etwa die [Dorfbewegung Brandenburg](#) mit ihren „regionalen Dörfertreffen“ und dem „Tag der Dörfer“ Dialogformate zum **Erfahrungsaustausch** zwischen Dorf-Akteur\*innen, kommunaler Politik und Verwaltung. Ein „Parlament der Dörfer“ setzt diesen Dialog auf Landesebene fort und soll die Dörfer mit ihren Menschen, Aktivitäten und Anliegen auch auf Ebene der Landespolitik sichtbar und hörbar machen. Auf diese Weise wollen die Akteur\*innen der Dorfbewegung auch ein Gegengewicht zu demokratiefeindlichen Kräften schaffen.



Olaf Ebert/ Lilian Schwalb/ Roland Roth – Demokratieförderung in Ostdeutschland

Die institutionelle Politik wird durch solche Beteiligungsprozesse klüger und kann – gut beraten – mit mehr Akzeptanz für ihre Entscheidung rechnen (vgl. Bertelsmann Stiftung/ Staatsministerium 2014). Insgesamt kann durch solche Beteiligungserfahrungen, regelmäßig umgesetzt, das Vertrauen in die eigene politische Wirksamkeit und in das demokratische Regieren gestärkt werden. Dies ist vor allem dann der Fall, wenn sich Landesregierungen (mit Verwaltungsvorschriften) und Kommunen (mit Beteiligungsleitlinien) zur Bürger\*innenbeteiligung verpflichten.

Solche Beteiligungsformate werden in Ostdeutschland vielerorts noch nicht oder nur punktuell, anlass- und themenbezogen umgesetzt. Prozessbegleitung und Umsetzung der Ergebnisse erfordern eine Investition; geschöpft werden könnte jedoch aus einem umfangreichen Wissen über Formate, Anwendungsbereiche und Prozessgestaltung.

#### **(4) Protest und soziale Bewegungen**

Ohne über gesicherte Erkenntnisse zu verfügen, verdient demokratischer Protest Unterstützung, besonders in Ostdeutschland, angesichts einer regional dominanten rechtsextremen und fremdenfeindlichen Protestszene. So leisten demokratische Initiativen und Bündnisse, wie die Initiative „[Ostritzer Friedensfest](#)“ in Sachsen oder das Bündnis „[Wage Mut!](#)“ in Groß Krams (MV), wichtige Beiträge zur Stärkung des friedlichen, respektvollen Zusammenlebens vor Ort – gegen die Etablierung demokratiefeindlicher Kräfte.

In welchem Umfang Bewegungstiftungen, die im Westen gegründet wurden, auch in den ostdeutschen Bundesländern aktiv geworden sind, ist bislang kaum bekannt. Proteste und Bewegungen können sich nur entwickeln, wenn es aktivierende Gruppen und anhaltend aktive Akteure gibt. Nach einer britischen Studie (Diani 2015) ist dies auch nicht unbedingt in solchen Kommunen der Fall, die über eine Vielzahl zivilgesellschaftlicher Organisationen verfügen. Die Unterstützung solcher Vernetzungsarbeit, wie sie z.B. von der Bewegungstiftung gefördert wird, dürfte am besten durch staatsferne Einrichtungen zu leisten sein. Ein aktuell besonders vordringliches Handlungsfeld kann die Entwicklung von lokalen Klimaplänen mit Beteiligung von Aktiven aus Fridays for Future sein. Wenn diese Arbeit – wie in einigen Wiener Bezirken – durch lokale Klimafonds unterstützt wird, sind schnelle praktische Resultate zu erwarten.

In der öffentlichen Auseinandersetzung sind nicht nur die Inhalte von Protestmobilisierungen von Belang, sondern auch die interne Demokratie der Proteste selbst (Rucht 2021). Auch in dieser Hinsicht lassen sich demokratiefeindliche und prodemokratische Proteste unterscheiden.

#### **(5) Bürgerschaftliches Engagement**

In der Förderung von bürgerschaftlichem Engagement ist ein differenzierter Blick ratsam. Es handelt sich um einen äußerst vielfältigen Bereich. In einigen Feldern werden wichtige öffentliche Aufgaben freiwillig

Olaf Ebert/ Lilian Schwalb/ Roland Roth – Demokratieförderung in Ostdeutschland

und verlässlich wahrgenommen, wie z.B. bei den sogenannten „Blaulichtorganisationen“. Hier hat auch der Begriff „Ehrenamt“ seine Berechtigung. In anderen Bereichen kommen Mitglieder im Wesentlichen zur Freizeitgestaltung zusammen. Wiederum andere kümmern sich um Defizite in Bereichen, die in staatlicher Verantwortung sind (z.B. Bildung und Schulen) oder eigentlich sein sollten, wie z.B. die Ernährungssicherheit, die aber weitgehend an die „Tafeln“ abgegeben wurde. Einer der umfangreichsten Engagementbereiche ist der Sport, in dem Zivilgesellschaft ganz unterschiedliche Ausprägungen annimmt und mitgliederstark, verbindend und inklusiv sein kann. Die Sozialen Dienste umfassen neben dem individuellen sozialen Engagement in diversen Feldern den großen Wohlfahrtsverbändebereich. Selbstwirksamkeitserfahrungen, Einbindung über mitgliederstarke Angebote der Vereine sowie das demokratiefördernde Element des soziokulturellen Engagements sind Teil des Kulturbereichs. Schließlich existiert ein breites politisches Feld, das von Interessenvertretung bis hin zu Protest geprägt ist. Die hier nur angedeutete Vielfalt bürgerschaftlichen Engagements erfordert und erlaubt selektive Förderstrategien. Zwar bekennen sich vier von fünf Engagierten zu dem genuin politischen Ziel, im Kleinen die Gesellschaft gemeinsam gestalten zu wollen, aber nicht jede Gestaltungsabsicht verdient öffentliche Unterstützung.

Demokratisches Engagement zu unterstützen, das dazu beiträgt, autoritäre Fehlentwicklungen und demokratische Unzulänglichkeiten zu korrigieren, zu diesem Ziel will beispielsweise die [STRAZE](#) beitragen, ein Kultur- und Initiativenhaus in Greifswald. Es bietet Personen, Gruppen und Vereinen bezahlbare Räumlichkeiten für demokratisches Engagement – z.B. zu Themen wie Menschenrechte und Antirassismus. Das Haus will einen hierarchiearmen Raum bieten, in dem demokratische Entscheidungsfindung und Diskussionskultur sowie selbstorganisiertes Handeln erlernt und Vertrauen in die Wirksamkeit des eigenen Tuns gestärkt werden.

Letztlich geht es um die Erfahrung demokratischer Selbstwirksamkeit, die durch den Vereinigungsprozess in Ostdeutschland in Form der Übernahme westdeutscher Institutionen und Regeln nur eingeschränkt möglich war. Aus der Fülle der Möglichkeiten sollen hier nur einige wenige Handlungsmöglichkeiten skizziert werden:

- *Stärkung einer partizipativen Kultur innerhalb der Zivilgesellschaft* durch die Unterstützung von Initiativen, die auf demokratische Normen und Inklusion, auf Zivilität und Dialogfähigkeit setzen und zur zivilgesellschaftlichen Selbstkorrektur von negativen Entwicklungen (Roth 2022) beitragen. In Baden-Württemberg hat die landesweite „[Allianz für Beteiligung](#)“ z.B. Runde Tische angeboten, einen Fonds für Beteiligung aufgelegt, für Kinder und Jugendliche den „Beteiligungstaler“ ausgelobt, Quartiersimpulse ausgeschrieben und Initiativen zur inklusiven Beteiligung gefördert.

- *Krisendialoge und Nachbarschaftsgespräche*, die durch themenorientierte Begegnungen zur „Entgiftung“ zivilgesellschaftlicher Konflikte beitragen können. Dazu gehören aktuell auch lokale Bürger\*innenräte zu

Olaf Ebert/ Lilian Schwalb/ Roland Roth – Demokratieförderung in Ostdeutschland

Corona. In der Zuwanderung von Geflüchteten haben sich z.B. Engagementfonds wie „[nebenan angekommen](#)“ der Thüringer Ehrenamtsstiftung bewährt, die von 2016-2020 insgesamt 545 Projekte mit lokalen Hilfsangeboten für Menschen mit Zuwanderungshintergrund gefördert hat. Beim Thema Corona und den Querdenken-Protesten geht es zwar nicht um Neuzugewanderte, sondern um eine Integrationspolitik für die verstörten und verfeindeten Einheimischen einer in Teilen vergifteten Zivilgesellschaft. Bei allen Krisenthemen ist die potentiell zivilisierende Wirkung von Kontakt- und Dialoggelegenheiten, sei es beim Essen, Singen oder im Sport, gut belegt (vgl. z.B. More in Common 2022).

- *Kommunale Vernetzungen* von zivilgesellschaftlichen Initiativen, Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung haben sich in vielen Handlungsfeldern bewährt, z.B. in Bildungslandschaften, Integrationsnetzwerken, Lokalen Bündnissen etc. Solche thematischen Netzwerke können durch entsprechende Förderprogramme gestärkt werden, wie sie in einigen Bundesländern bei der Aufnahme von Geflüchtete nach 2015 aufgelegt wurden. Dabei war es beispielsweise in Baden-Württemberg den Kommunen selbst überlassen, wer dabei den Hut aufhat. In Sachsen-Anhalt konnten in den Landkreisen neue Netzwerkstellen und ein landesweiter [Fonds für Willkommenskultur](#) etabliert werden, mit denen das Engagement für und mit Geflüchteten sowie die Kooperation zwischen Zivilgesellschaft und Kommunen gefördert werden.

- *Engagementförderung* in (Ost-)Deutschland: In einer aktuellen [Studie](#) hat ein Konsortium von Wissenschaftler\*innen für die Stiftung „Bürger für Bürger“ die Entwicklung von wirkungsorientierten Engagementstrategien auf Länderebene analysiert und die bessere Verknüpfung von lokalen Akteuren und intermediären Förderstrukturen, die Verankerung der Engagementförderung in der Raumordnungspolitik, die Unterstützung informellen Engagements, Schärfung der Förderziele – allen voran der Demokratiestärkung – und eine stärkere länderübergreifende Zusammenarbeit in der Engagementpolitik angeregt (Krimmer, Bischoff, et a. 2022).

- Mit den aktuellen Verfahren auf der Bundesebene zur Verabschiedung eines *Demokratiefördergesetzes* und der Entwicklung einer *nationalen Engagementstrategie* könnte eine nachhaltigere, längerfristige Stärkung der Infrastrukturen zur Engagementförderung ermöglicht werden. Dies würde demokratiestärkende Maßnahmen deutlich stabilisieren und die systematisch-strategischen Vorhaben, die wesentlich sind auf dem Weg hin zu einer die Demokratie stärkenden, resilienten Zivilgesellschaft, auch in Krisenzeiten ermöglichen.

## **(6) Alltagsdemokratie**

Langfristig werden im Alltag wichtige Grundlagen für demokratische Einstellungen und Verhaltensweisen geschaffen und immer wieder erneuert. Dazu können bewährte Programme wie die „Eltern-AG“, die de-

Olaf Ebert/ Lilian Schwalb/ Roland Roth – Demokratieförderung in Ostdeutschland

mokratische Erziehungsstile fördert (Armbruster 2015), die „Kinderstube der Demokratie“ und „Mitscheiden und Mithandeln in der Kita“ (Hansen 2020) oder „[Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage](#)“ beitragen. Der bereits genannte [Aktion Zivilcourage e.V.](#) offeriert auch Bildungsangebote für Kinder, Jugendliche und pädagogische Fachkräfte zur Stärkung der Partizipationskultur in Kita, Hort und Schule. Für eine Verknüpfung von Kulturarbeit, Demokratiebildung und Partizipation setzt sich das Projekt „[PARTHNER](#)“ im Kulturrat Thüringen e.V. ein, z.B. durch die Ausbildung von Demokratie-Berater\*innen, die in ihren Vereinen entsprechende Mikroprojekte umsetzen.

Der Stand der Umsetzung von Programmen und Konzepten zur Förderung der Alltagsdemokratie ist noch zu wenig verbreitet.

#### 4 Ausblick

Die Kraft und die Breite der Zivilgesellschaft, ihre Beteiligung und ihr Engagement werden dringend benötigt, wenn es darum geht, gesellschaftliche Zusammenhänge nachhaltig und demokratisch zu gestalten. Stabile Rahmenbedingungen und ein produktives Miteinander über Sektorengrenzen hinweg sind grundlegend, damit Neues hervorgebracht, angestoßen und ermöglicht wird. Ziel ist es, Menschen zusammen zu bringen, Selbstwirksamkeitserfahrung zu unterstützen und zerstörerische Wirkungen von Populismus einzudämmen.

Mit dem Pilotprojekt „[Engagiert für Demokratie](#)“ setzt die Stiftung „Bürger für Bürger“ genau hier an. Sie hat Befunde und Ergebnisse aufbereitet und Erfahrungen diskutiert und geteilt mit dem Ziel, engagierte Menschen und Strukturen zur Demokratie- und Engagementförderung in Ostdeutschland zusammenbringen, ihre Expertise heben und die Akteure nachhaltig zu stärken.

*Ein Folgeprojekt zur Engagement- und Demokratieförderung in Ostdeutschland soll nun:*

- vorhandene Erfahrungen, Programme und Akteure verknüpfen, voneinander lernen, neue Kooperationen und die Weiterentwicklung der Vor-Ort-Strukturen anregen,
- positive Beispiele, Erfahrungen und Strukturen sichtbar machen, unterstützen und durch Wissenstransfer neue Impulse in anderen Regionen geben,
- gerade im ländlichen Raum eine themen- und situationsorientierte Unterstützung ermöglichen, die sowohl jüngere als auch ältere Menschen erfolgversprechend zu eigenem Engagement inspiriert,
- Mikroförderungen und Fondslösungen anbieten, die sowohl kleinteilige/ ländliche Infrastrukturprobleme wie auch neue Ideen und neue Initiativen für gesellschaftlichen Zusammenhalt generieren helfen,
- das Vertrauen zwischen Akteur\*innen aus Politik/ Verwaltung, Zivilgesellschaft und Stiftungen/ Wirtschaft wie auch zwischen unterschiedlichen Akteur\*innen innerhalb der Bürgergesellschaft stärken, und

Olaf Ebert/ Lilian Schwalb/ Roland Roth – Demokratieförderung in Ostdeutschland

- sich als neutraler, vernetzter Anbieter von Beratung, Begleitung (Qualifizierung/Vernetzung) und Wissenstransfer zur Demokratie- und Engagementförderung etablieren.

#### **Autor\*innenangaben:**

**Olaf Ebert** leitet die [Stiftung Bürger für Bürger](#) als Geschäftsführender Vorstand und ist Mitglied des Sprecher\*innenrates des Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement.

Kontakt: [o.ebert@buerger-fuer-buerger.de](mailto:o.ebert@buerger-fuer-buerger.de)

**Prof. Dr. Roland Roth** lehrte zuletzt Politikwissenschaft an der Hochschule Magdeburg-Stendal.

Er ist Sprecher des Netzwerks Bürgerbeteiligung und Kuratoriumsmitglied der Stiftung Bürger für Bürger.

Kontakt: [roland.roth1@gmx.de](mailto:roland.roth1@gmx.de)

**Dr. Lilian Schwalb** ist Geschäftsführerin Netzwerk und Fachpolitik des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement und stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Stiftung Bürger für Bürger.

Kontakt: [lilian.schwalb@b-b-e.de](mailto:lilian.schwalb@b-b-e.de)

#### **Literatur**

*Armbruster, Meinrad* 2015: Selbermachen! Mit Empowerment aus der Krise. Freiburg: Herder

*Bär, Dominik/ Roth, Roland/ Csaki, Friderike* (Hg.) 2021: Handbuch Kinderfreundliche Kommunen. Kinderrechte kommunal verwirklichen. Ein Handbuch. Frankfurt/M: Debus Pädagogik/Wochenschau Verlag

*Bertelsmann Stiftung/ Staatsministerium Baden-Württemberg* (Hg.) 2014: Partizipation im Wandel. Unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung

*Brettschneider, Frank* 2021: Bürgerbeteiligung aus Sicht der Bürger\*innen in Baden-Württemberg. Stuttgart: Universität Hohenheim

*Diani, Mario* 2015: The cement of civil society. Cambridge: Cambridge UP

*Eith, Ulrich/ Meier, Jacqueline* 2021: Bürgerräte: Erfahrungen aus der Praxis von Baden-Württemberg. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung

*Evers, Adalbert/ Leggewie, Claus* 2018: Falsch verbunden. Zur (Wieder-)Annäherung von institutionalisierter Politik und organisierter Zivilgesellschaft. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen (31) 1-2, S. 32-40

*Hansen, Rüdiger* 2020: „Liberale Demokratie“ in der Kita – Schutz und gleiche Freiheit für alle Verschiedenen. (<https://www.partizipation-und-bildung.de>)

*Krimmer, Holger/ Bischoff, Stefan/ Gensicke, Thomas/ Thamaz, Birthe* 2022: Engagementförderung in Ostdeutschland. Hrsg.: Stiftung Bürger für Bürger, Halle (Saale)

*More in Common* 2022: Navigieren im Ungewissen – Impulse zur Zukunft der Gesellschaft. ([https://www.moreincommon.de/media/loceahag/moreincommon\\_navigierenimungewissen\\_1.pdf](https://www.moreincommon.de/media/loceahag/moreincommon_navigierenimungewissen_1.pdf))

Olaf Ebert/ Lilian Schwalb/ Roland Roth – Demokratieförderung in Ostdeutschland

*Roß, Paul-Stefan/ Roth, Roland* 2018: „Bürgerkommune“. In: *Klie, Thomas/ Klie, Anna Wiebke* (Hrsg.): Engagement und Zivilgesellschaft. Expertisen und Debatten zum Zweiten Engagementbericht. Reihe: Bürgergesellschaft und Demokratie. Wiesbaden: Springer VS, S. 163-268

*Roth, Roland* 2022: Dunkle Seiten der Zivilgesellschaft – von 2001 bis 2021. In: *Klein, Ansgar/ Sprengel, Rainer/Neuling, Johanna* (Hg.): 20 Jahre Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“. Jahrbuch Engagementpolitik 2022. Frankfurt/M: Wochenschau-Verlag, S. 124-143

*Roth, Roland/ Höllmann, Judith/ Ebert, Olaf* 2022: [Engagiert für Demokratie – Handlungsperspektiven zur Demokratieförderung in Ostdeutschland](#).

*Roth, Roland/ Stange, Waldemar* 2020: Starke Kinder- und Jugendparlamente. Kommunale Erfahrungen und Qualitätsmerkmale. Berlin: Deutsches Kinderhilfswerk

*Rucht, Dieter* 2021: Protest & Demokratie. In: *Langebach, Martin* (Hg.): Protest. Deutschland 1949-2020. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 20-43

*Simonson, Julia/ Kelle, Nadiya/ Kausmann, Corinna/ Tesch-Römer, Clemens* (Hg.) 2022: Freiwilliges Engagement in Deutschland. Empirische Studien zum bürgerschaftlichen Engagement. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2019. Wiesbaden. Springer (<https://doi.org/10.1007/978-3-658-35317-9>)